

DAS ZUKUNFTSMINISTERIUM**bm:bwk****Bundesministerium für
Bildung, Wissenschaft
und Kultur**

GZ 10.000/0005-III/4a/2005

XXII. GP.-NR**2502/AB****2005 -03- 18****zu 2549/J**

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Univ.-Prof. Dr. Andreas Khol
Parlament
1017 Wien

Wien, 16. März 2005

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 2549/J-NR/2004 betreffend Quersubventionierung öffentlicher Schulen durch Schulen in freier Trägerschaft, die die Abgeordneten Dieter Brosz, Kolleginnen und Kollegen am 26. Januar 2005 an mich richteten, wird wie folgt beantwortet:

Ad 1.:

Es werden die tatsächlichen Schüler/innenzahlen in jenen Schulen herangezogen, für welche der Bund die Kosten des Unterrichtspersonals an Pflichtschulen den Ländern gemäß den anzuwendenden Bestimmungen - insbesondere jenen des Finanzausgleichsgesetzes - ersetzt.

Ad 1a.:

Die Schüler/innen an Privatschulen, deren Schulerhalter nicht konfessionelle Einrichtungen nach dem Privatschulgesetz sind, sind in den Schüler/innenzahlen der jeweiligen Schulart nicht enthalten und die Länder erhalten daher in der jeweiligen Schulart auch keine Ausgaben für Planstellen für diese Schüler/innenzahl vom Bund erstattet.

Ad 1b., 1c. und 2.:

Es handelt sich dabei um keine Finanzierungsverpflichtung der Länder gegenüber dem Schulerhalter und somit auch um keine Verpflichtung des Bundes zur Kostentragung. Daher können die Schüler/innenzahlen nicht miteinbezogen werden. Die Länder können den Schulen jedoch Lehrpersonal zur Verfügung stellen.

Ad 1d.:

Nein.

Ad 3.:

Bund der freien Waldorfschulen Österreichs:

Kuratorium für künstlerische und heilende Pädagogik:

2000:	1.308.111 €
2001:	1.284.688 €
2002:	1.242.600 €
2003:	1.308.000 €
2004:	1.308.000 €

Netzwerk – Bundesdachverband für selbstbestimmtes Lernen:

Montessori Zentrum Wien – Institut für aktives Lernen:

2000:	€ 382.986
2001:	€ 341.562
2002:	€ 341.562
2003:	€ 173.000
2004:	€ 229.000

Ad 4.:

Für das Jahr 2005 ist für die Waldorf- und Kuratoriumsschulen eine Förderung von € 1,357.000,- und für die Netzwerkschulen eine Förderung von € 234.000,-- vorgesehen.

Die Bundesministerin:

